



STÄDTETAG
BADEN-WÜRTTEMBERG

Städtetag Baden-Württemberg · Postfach 10 43 61 · 70038 Stuttgart

**Damen und Herren
Oberbürgermeistern und Bürgermeistern
der Mitgliedstädte**

**Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied**

27.01.2012 - Az: 022.00 - R 19625/2012 - Br - Bearbeiter: Norbert Brugger
Telefon: 0711 22921-13 - E-Mail: norbert.brugger@staedtetag-bw.de

Kommunikationsplattform abgeordnetenwatch.de im Internet Aufnahme von Mitgliedern der Gemeinderäte

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Abgeordnetenwatch.de ist eine Kommunikationsplattform im Internet unter der gleichnamigen www-Adresse, über die Bürger öffentlich Fragen an Mandats- und Amtsträger stellen können. Diese Fragen werden ggf. ebenso öffentlich via Plattform beantwortet.

Zunächst war diese 2006 eingerichtete Plattform auf Parlamentarier fokussiert. Im vergangenen Jahr ist sie in Baden-Württemberg pilothaft auf die kommunale Ebene erweitert worden. Wie Sie der Pressemitteilung vom 15.06.2011 (*Anlage 1*) entnehmen können, hat sich der Verein Parlamentwatch als Kommunikationsplattformbetreiber in dieser Pilotphase auf die Städte Stuttgart, Pforzheim und Villingen-Schwenningen konzentriert.

Nach dieser Pilotphase hat sich die Plattform nun für den gesamten kommunalen Bereich und damit alle Städte und Gemeinden des Landes geöffnet. In manchen Gemeinderäten wird diese Erweiterung derzeit bereits beraten. Neben den genannten Pilotstädten sind mittlerweile weitere Städte des Landes in die Plattform aufgenommen worden.

Wir haben Parlamentwatch vor diesem Hintergrund gebeten, uns über die Modalitäten für die Aufnahme von Ratsmitgliedern in die Kommunikationsplattform zu unterrichten. Parlamentwatch ist unserem Wunsch umgehend gefolgt und hat sich hierzu heute wie folgt geäußert:

„(...) In der Regel starten wir in einer Kommune, wenn ein Bürger, ein Ratsmitglied oder die Kommune an uns herantritt und die notwendigen Daten (Name, Partei und eine persönliche E-Mail-Adresse) recherchiert. Wir verwenden nur Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen, wie z.B. dem Ratsinformationssystem oder den Fraktionsseiten im Internet.

Vor dem Start informieren wir jedes Gemeinderatsmitglied persönlich über die E-Mail-Adresse. Dabei erhält jedes Ratsmitglied vor dem Start die Möglichkeit die Angaben über seine Person zu prüfen und zu ergänzen.

Telefon 0711 22921-0
Telefax 0711 22921-42 oder -27
E-Mail post@staedtetag-bw.de
Internet www.staedtetag-bw.de
Hausadresse: Königstraße 2,
70173 Stuttgart

Ein Gemeinderat auf [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) ist immer vollständig vertreten. Eine Wahlmöglichkeit gibt es nicht. [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) veröffentlicht keine privaten Angaben, auch die E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht, sondern dient nur zur internen Kommunikation. Die gestellten Fragen liest vor Veröffentlichung ein Moderationsteam, das nach unserem Moderations-Codex entscheidet

(http://www.abgeordnetenwatch.de/moderations_codex-766-0.html) und von einem Kuratorium (<http://www.abgeordnetenwatch.de/kuratorium-876-0.html>) Es entstehen weder für Ratsmitglieder noch für Nutzer irgendwelche Kosten. (...)

Schirmherrin der Kommunikationsplattform ist ausweislich des Internetangebots die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts a. D. Prof. Dr. Jutta Limbach. Sie wird in diesem Angebot wie folgt zitiert: Initiativen wie [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) „machen Politiker empfänglicher für gesellschaftliche Probleme und Bedürfnisse und sorgen damit auch für einen Legitimitätsgewinn der Entscheidungen selbst. (...) Bei allem Respekt gegenüber der parlamentarischen Entscheidungshoheit gilt schließlich: alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Wir sind verschiedentlich nach unserer Auffassung zu dieser Plattform befragt worden. Nachfolgend unterrichten wir Sie über den Tenor unserer Stellungnahmen.

Die seitherigen Einträge bei bereits in [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) aufgenommenen Städten lassen auf eine im Kommunalbereich bislang verhaltene Resonanz in der Bevölkerung schließen. Das kann u. a. daran liegen, dass seit dem Start von [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) 2006 Soziale Medien wie Facebook sehr stark an Bedeutung gewonnen haben. Informelle Kommunikation vor mehr oder weniger großer Öffentlichkeit findet in diesen Medien auf vielfältige Weise statt.

Ferner ist [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) zunächst ganz auf die Abgeordneten und damit auf die Politprofis in den Parlamenten fokussiert gewesen. Der Start ist 2006 auf Bundestageebene erfolgt, dann folgten das Europäische Parlament und die Landtage.

Die Erweiterung in den ehrenamtlichen Bereich der Gemeinderatsmitglieder ist der breiten Öffentlichkeit bislang wohl nicht bekannt. Weil die für Kommunalpolitik besonders bedeutenden lokalen Medien wie etwa große örtliche Zeitungen nicht in [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) involviert sind, sondern es sich um eine bundesweit agierende Plattform handelt, wird das tendenziell womöglich auch so bleiben.

Viele Angebote im Internet kommen schnell nach vorne - und verlieren danach wieder an Bedeutung bzw. Wahrnehmung. Dazu zählt beispielsweise Second Life, eine virtuelle Plattform, in die sich Baden-Württemberg 2007 mit großem Aufwand als Land eingebracht hat (<http://www.mstbw.de/de/mst/03841/index.html>). Um dieses Angebot ist es nach anfänglicher Euphorie unserer Beobachtung nach ruhig geworden.

Die weitere Entwicklung von [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) bleibt vor diesem Hintergrund abzuwarten. Wir werden über diese Plattform voraussichtlich in den Frühjahrstagungen unserer AG Haupt- und Organisationsämter beraten.

Eine Kommunikationsplattform wie [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) einzurichten und zu betreiben ist natürlich zulässig. Hiergegen können daher keine grundsätzlichen Einwände erhoben werden. Widerstand würde im Übrigen von vielen Akteuren im Internet sicher als Angriff auf die Freiheit des Internets betrachtet werden. Entsprechende Gegenaktionen wären zu erwarten. Mittlerweile haben sich sowohl OB und BM als auch Gemeinderatsmitglieder in [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) bereits aktiv eingebracht.

Eine Stadt könnte Ratsmitgliedern daher auch nicht untersagen, sich in diesem Angebot für öffentliche Erörterungen zur Verfügung zu stellen. Es gibt überdies gewiss allerorten Räte, die diese Möglichkeit in Anspruch nehmen wollen bzw. sich nicht hiergegen wenden.

Rechtlich klärungsbedürftig ist für uns hingegen die von Parlamentwatch praktizierte Aufnahme von Stadträtinnen und Stadträten in die Plattform auch dann, wenn sie dieser Aufnahme nicht zustimmen oder diese Aufnahme sogar ausdrücklich ablehnen. Gemeinderäte sind keine Parlamente und Gemeinderatsmitglieder im Gegensatz zu Parlamentariern ehrenamtlich tätige „Freizeitpolitiker“. Sie genießen daher einen höheren datenrechtlichen Schutz als Parlamentarier.

Deshalb haben wir Ihnen - in Einklang mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz - schon vor vielen Jahren empfohlen, Daten und Bilder von Gemeinderatsmitgliedern nur mit deren Zustimmung in das städtische Internetangebot aufzunehmen. Solche Zustimmungen zur Datenveröffentlichung sind für die stadteigenen Internetangebote erteilt worden, nicht aber per se auch für die erweiterte Datennutzung durch Dritte wie hier praktiziert.

Mit kommunalen Veröffentlichungen im Internet, u. a. zu Daten von Ratsmitgliedern, befasst sich der Landesbeauftragte ausführlich auch auf den Seiten 181 ff. seines jüngsten Datenschutzberichts vom Dezember 2011. Sie haben diesen Bericht per Rundschreiben R 19463/2011 vom 20.12.2011 von uns erhalten. Die betreffende Passage liegt als *Anlage 2* nochmals bei.

Wir haben den Landesbeauftragten gebeten, uns seine Rechtsauffassung zur Aufnahme von Ratsmitgliedern in abgeordnetenwatch.de ohne deren Zustimmung bzw. gegen deren ausdrücklichen Willen mitzuteilen.

Neben datenschutzrechtlichen sind hier auch kommunalpolitische Aspekte beachtlich. Ratsmitglieder können aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sein, neben ihrer hauptberuflichen Tätigkeit und ihren sonstigen Verpflichtungen als Stadtrat sowie bei anderen Aktivitäten auch noch Fragen in Plattformen wie abgeordnetenwatch.de zu beantworten. Insbesondere manche ältere Ratsmitglieder haben womöglich gar keinen Internetanschluss oder nutzen diesen Anschluss nur spärlich. Gleiches kann für Ratsmitglieder mit Behinderungen gelten.

Werden solche Ratsmitglieder gegen ihren Willen bzw. ohne ihre Kenntnis in solche Plattformen aufgenommen und bei Anfragen über diese Plattformen folglich nicht aktiv, kann dies fälschlicherweise den Eindruck von Passivität erwecken. Schlimmstenfalls kann ein solches öffentlich erzeugtes Bild Ratsmitglieder veranlassen, ihr kommunales Engagement zu beenden.

Wir werden Sie über die Antwort des Landesbeauftragten unterrichten und Parlamentwatch bitten, einstweilen Ratsmitglieder nicht ohne deren Zustimmung bzw. gegen deren Willen in seine Plattform aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Prof. Stefan Gläser
Oberbürgermeister a. D.

Anlagen